

25/SN-64/ME

ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 512 14 80

Telefax: 513 37 58 72

An das
Bundesministerium
für wirtschaftliche Angelegenheiten

Stubenring 1
1011 Wien

Wien, 2. September 1996

Hs

93488

Bezug: 808.110/14-VI/11-96

Abt. 11 nicht 12.8.96 UH

Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
Eingel.:	3. SEP. 1996
Zl.	808110/18
Art. VI	
Anl.	0

Betr.: Bundesstraßengesetznovelle 1996;

11
11/3
3. P.

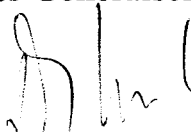
Sehr geehrte Herren!

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich mitzuteilen, daß zu dem oben angeführten Novellenentwurf keine Stellungnahme abgegeben wird, da kommunale Interessen unmittelbar nicht berührt werden.

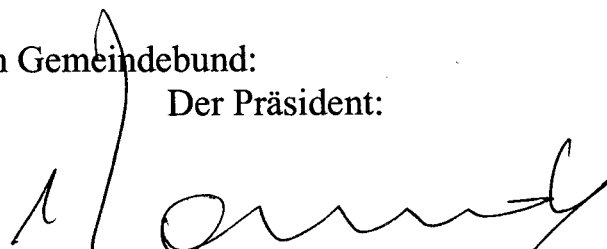
Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:

Der Generalsekretär:


wHR Dr. Robert Hink

Der Präsident:


Franz Romeder

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 512 14 80

Telefax: 513 37 58 72

An das
Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten

Wien, am 03. September 1996
Hö

Stubenring 1
1011 WIEN

94454

Österreichischer Gemeindebund	
für wirtschaftliche Angelegenheiten	
Eingel.: 5. SEP. 1996	
Zl. 808 110/14-9	Akt. VI Anl. 0

11
iPra
179

Bezug: 808.110/14-VI/11-96

cc Bldg. 11 seit 12. 8. 96 VM

Betr.: Bundesstraßengesetznovelle 1996;

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich im Nachhang zu unserem Schreiben vom 2. September 1996 zu obigem Betreff folgende Stellungnahme abzugeben:

Der aufgelassene Abschnitt der B 173 soll als Gemeindestraße übernommen werden. Hier wird gefordert, daß das Einvernehmen mit der Gemeinde hergestellt wird. Ansonsten müßte das Land diese Straße übernehmen.

Zu Ziff. 6 u. 7 (§§ 8 u. 9):

Die §§ 8 und 9 sollen dahingehend geändert werden, ddaß ausdrücklich die „Grundeinlösung“ in den Gesetzestext aufgenommen werden soll. Laut Erläuterungen soll damit klargestellt werden, daß nicht nur der Bau und die Erhaltung von Bundesstraßen vom Bund (laut § 8), bzw. von den Gemeinden (nach § 9) zu tragen sind, sondern eben auch die Grundeinlösung für die betroffenen Straßenteile.

Im Gegensatz zu diesen Erläuterungen handelt es sich in Wirklichkeit nicht bloß um eine Klarstellung der bisherigen Rechtslage, sondern vielmehr um ein Abgehen davon !

- 2 -

Nach einer Entscheidung des VwGH vom 19.5.1988, Zl. 88/06/0028, zu § 9 sind die Grundeinlöskungskosten auch für jene Bundesstraßenteile innerhalb des Ortsgebietes, für deren Bau und Erhaltung die Gemeinde zuständig ist, vom **Bund** zu tragen, da § 9 Abs. 1 der derzeit geltenden Fassung **ausdrücklich** nur den Bau und die Erhaltung erwähnt.

Die geplante Novelle würde die Grundeinlöskungskosten, die sich aus § 9 ergeben, vom Bund auf die ohnehin schon über Gebühr belasteten Gemeinden überwälzen, weshalb die Novelle in dieser Form abgelehnt wird.

Hochachtungsvoll

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:


wHR.Dr.Robert Hink

Der Präsident:


Franz Romeder